

## ERLÄUTERUNGEN ZU DIESER VERANSTALTUNG

*In einer Zeit der Unruhe und ängstlichen Verunsicherung soll dieses Kolloquium nicht nur eine Gelegenheit zur offenen Diskussion, zum Austausch von Gedanken und Meinungen (auch kontroversen) bieten, sondern vor allem auch dazu dienen, die gegenwärtigen Probleme mit den Mitteln der philosophischen Reflexion und der psychologischen Analyse gründlicher zu erörtern, um dadurch nach Möglichkeit eine klarere Beurteilung der Situation sowie vernünftigeres Problembewusstsein und emotionale Besonnenheit zu befördern. Die Universität gehört nach wie vor zu den Orten, an denen ein derartiger rationaler Diskurs stattfinden muss.*

*Die Veranstaltung hat bereits im Wintersemester 2016/17 begonnen und wird im Sommersemester 2017 fortgesetzt.*

*Alle Mitwirkenden sind eingeladen und dazu aufgefordert, selbst Fragen und Themen vorzuschlagen, über die sie zu diskutieren wünschen, eigene begründete Statements dazu oder auch kurze Referate zu relevanten Aspekten beizutragen, die ihnen wichtig erscheinen, und sich aktiv an der Debatte zu beteiligen. Allen wird nachdrücklich empfohlen, sich über wenigstens eines der vorgeschlagenen Themen sorgfältig zu informieren oder sich über einen der Lese-Hinweise (siehe diese) kundig zu machen.*

2016 – ein Jahr, in dem die Welt immer mehr aus den Fugen geraten zu sein scheint. Auf den „Arabischen Frühling“, an den sich vielfältige Hoffnungen auf mehr Freiheit und Demokratie geknüpft hatten, folgte ein blutiger „Herbst“: mörderische Bürgerkriege in Syrien, Libyen, Irak, Afghanistan und Jemen; noch grausamere Repression als zuvor in anderen Staaten des Nahen Ostens – z. B. in Ägypten; das Erstarken des „Islamischen Staates“ und anderer Terrororganisationen. All dies hat die größten Flüchtlingsströme seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. Nicht nur in der islamischen Welt wütet der Terror, er bedroht zunehmend auch das Leben in den westlichen Ländern. Nach den brutalen Attentaten in Frankreich und Belgien schlug im Juli 2016 der Terror auch erstmals in Deutschland zu, das seit 2015 rund eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat. Daraus ist eine extrem brisante Kontroverse entstanden, die die demokratische Diskursfähigkeit der Republik möglicherweise überfordern könnte: auf der einen Seite die Anhänger der Kanzlerin und ihrer Politik („Wir schaffen das!“) sowie die Befürworter einer humanen „Willkommenskultur“, auf der anderen eine wachsende Zahl verängstigter Bürger, die fürchten, wir hätten das gefährlichste „Trojanische Pferd“ aller Zeiten ins Land gelassen, und reaktionäre Demagogen, die gegen den „Hochverrat“ mobil machen, das deutsche Volk durch die Aufnahme einer derartigen Menge vorwiegend muslimischer Migranten dem ethnischen „Untergang“ auszusetzen. Das dramatische Dilemma besteht darin, dass alle jene, die Hass, Feindseligkeit und wachsende Aggression gegen die – ohnehin schwer traumatisierten – Asylsuchenden schüren, ebendiese in zunehmende Isolation und etliche davon dann auch in die „Radikalisierung“ treiben, dadurch die Gefahr von Anschlägen – rechtsextremen (siehe München) ebenso wie islamistisch motivierten (siehe Ansbach) – erhöhen und auf diese Weise exakt die strategischen Ziele des IS bedienen: nämlich die westlichen Gesellschaften so tief zu spalten, dass diese sich in selbstzerstörerischen Kämpfen paralysieren (wie Elmar Theveßen in seinem jüngsten Buch – „Terror in Deutschland – die tödliche Strategie der Islamisten“ – sachkundig darlegt). Die Wohlmeinenden und Hilfsbereiten, die Unglaubliches leisten und sich noch immer in großer Zahl dafür engagieren, den Flüchtlingen beizustehen und ihnen eine menschenwürdige Aufnahme zu ermöglichen, werden einen schweren Stand haben – und es werden wohl weniger werden (auch aus Furcht vor Drohungen und Repressalien). Deutschland steht vor der größten, schwierigsten und wohl auch langwierigsten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Um sie, ohne Schaden zu nehmen, bestehen zu können, werden wir uns nicht nur über unser Verhältnis zu den Muslimen und zum Islam

verständigen, sondern uns auch einen weniger aufgeregten, pragmatischeren Realismus antrainieren müssen. Man wird nicht darum herum kommen, faktisch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich unter den in Deutschland aufgenommenen Schutzsuchenden, über die wir bislang kaum etwas wissen, nicht nur ein statistisch üblicher Anteil von Kriminellen und Psychopathen befinden wird, sondern auch eine ungewöhnlich große Zahl von Menschen, die durch entsetzliche Gewalterfahrungen traumatisiert, brutalisiert oder psychisch aufs Schwerste labilisiert sind, sodass einfach damit zu rechnen ist, dass manche von ihnen auf schwierige oder für sie stark frustrierende Situationen, aber auch auf Ablehnung und Diskriminierung mit aggressiven Affekthandlungen reagieren und so zu einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung werden können. Nach Lage der Dinge ist auch nicht auszuschließen, dass terroristische Organisationen vorsätzlich als Flüchtlinge getarnte Attentäter oder „Schläfer“ ins Land schleusen. Die Frage, ob es in der Bundesrepublik eine stabile Mehrheit gibt *und geben wird*, die diese Risiken bewusst in Kauf nimmt und trotz derselben die humanitäre Politik der Kanzlerin auch weiterhin entschlossen unterstützt, ist ungeklärt. Es kann auch geschehen, dass Angela Merkel im Herbst 2017 ihr Amt verliert, weil die Wähler ihr keine Mehrheit mehr verschaffen. – In etlichen EU-Ländern – Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei – sind mehr als vier Fünftel der Bevölkerung gegen diese Politik und für die totale Weigerung, überhaupt irgendwelche Flüchtlinge aufzunehmen. Andere – wie etwa Frankreich – akzeptieren, aus Furcht vor einem Erstarken der Rechtspopulisten, nur eine relativ geringe Zahl. Wieder andere – wie Griechenland, Spanien oder Portugal – sind wegen der Folgen der Euro-Krise schon aus ökonomischen Gründen außerstande, größere Kontingente von Migranten überhaupt angemessen zu versorgen. Die Konfluenz der Finanz- mit der Flüchtlingskrise hat in bisher nie dagewesenem Ausmaß die Solidarität der Europäischen Union untergraben, deren einzigartiges Friedensprojekt und seine Grundwerte in Frage gestellt und einen massiven Trend zur Re-Nationalisierung in nahezu allen Mitgliedsländern in Gang gesetzt. Das Ansehen der europäischen Institutionen schwindet, Europa ist vom Zerfall bedroht. Rund 40 populistische und extremistische Parteien gewinnen in Europa nicht nur zunehmend an Einfluss, sondern auch immer mehr Wählerstimmen. Am erschreckendsten ist, dass selbst die ältesten, die historisch stabilsten, die wahrhaft „gestandenen“ Demokratien der Welt von populistischen Massenbewegungen erschüttert werden: die Schweiz etwa, Großbritannien (wo eine von unverantwortlichen und völlig planlosen Populisten aufgewiegelte Mehrheit beim Referendum 2016 für den Brexit stimmte), die Vereinigten Staaten von Amerika (die Donald Trump zum Präsidenten wählten), Frankreich (Marine Le Pen ante portas), die Niederlande usw. – Aber auch in anderen Weltgegenden, z. B. in Mittel- und Südamerika oder in Ostasien (Thailand, Philippinen) greifen Populisten nach der Macht oder haben sie bereits erobert.

Die Frage, was unter „Populismus“ eigentlich genau zu verstehen ist, gehört zu den dringlichsten, die in dieser Veranstaltung untersucht und geklärt werden müssen. Inwiefern richtet sich das Demokratie-Verständnis der Populisten unmittelbar gegen die Grundfesten der Republik (welche – Immanuel Kant zufolge – zweierlei gerade unbedingt verhindern sollten: eine als „Demokratie“ missdeutete „Despotie der Majorität“ sowie die Aneignung der gesamten Staatsgewalt durch einen Einzelnen oder eine einzige Gruppierung)? Welches sind die charakteristischen Merkmale populistischer Strömungen und Bewegungen (linker wie rechter)? Welche Gründe oder Motive liegen der Entstehung von solchen zugrunde? Welche Rolle spielen dabei die Ökonomie und das herrschende Finanzsystem (das sich ja seit 2008 seinerseits in einer bisher unbewältigten Krise befindet?) Wie sollten oder müssten sich die Verteidiger der republikanischen Verfassung gegenüber den Populisten und ihren Anliegen positionieren? Andererseits (weil ja jede Krise auch eine Chance

darstellt): Inwieweit belebt das Auftreten der Populisten die demokratische Debatte und das Verhalten der großen „Fraktion“ der Nichtwähler?

Inzwischen schreiben wir bereits das Jahr 2017 und können quasi *in vivo* verfolgen, wie populistische Politik an der Macht die Fundamente der Demokratie untergräbt. Trump ist der 45. Präsident der USA und stiftet mit seinen unberechenbaren, erratischen Entscheidungen Unruhe in der ganzen Welt. Seine Angriffe auf das Justizsystem und sein „Krieg“ gegen die Presse geben zu äußerster Besorgnis Anlass: mit der Bezeichnung kritischer Journalisten als „Volksfeinde“ bedient sich Trump, das kann nicht anders konstatiert werden, der Sprache Hitlers. Noch gefährlicher ist die systematische Zersetzung der Wahrheit („Post Truth Politics“). Ein Präsident, der täglich *fake news* in die Welt setzt und diese in den Rang von „alternative facts“ erhebt, bezichtigt die Medien, die sich um faktenbasierte Information bemühen, *fake news* in die Welt zu setzen, sofern sie sich nicht einer Art „Hofberichterstattung“ befleißigen. Wenn man sich über die Geltung von Tatsachen nicht mehr verständigen kann, wenn die Unterscheidung zwischen wahr und falsch ins Beliebige abgleitet und die Logik des Arguments zu einer Machtfrage degeneriert, wird das Lebenselixier der Demokratie, der öffentliche Diskurs, die Freiheit von Rede und Gegenrede, zur Farce, am Ende zu einem Gift, das die rationale Suche nach den besseren Gründen abtötet. Erdogan ist auf diesem Wege schon weiter fortgeschritten. Dieser Präsident eines Landes, in dem es Meinungs- und Pressefreiheit kaum mehr gibt, nennt es allen Ernstes „faschistisch“, wenn man seine Minister daran hindert, in anderen Ländern Europas Propaganda für ein Referendum zu machen, durch welches sich die Türkei in ein autoritäres Sultanat verwandeln würde. Immerhin haben seine Ausfälle wohl dazu beigetragen, dass bei den niederländischen Wahlen im März der befürchtete Sieg des Populisten Wilders vereitelt wurde, auch wenn seine Partei (die nur aus seiner Person besteht) als zweitstärkste Kraft ins holländische Parlament einziehen wird. Über den Ausgang des türkischen Referendums sowie über den der europäischen Schicksalswahl in Frankreich werden wir zu Anfang des Sommersemesters informiert sein, sodass wir darüber diskutieren können.

Autoritäre Regime nach dem Vorbilde Russlands, Chinas, der Türkei oder Ägyptens gewinnen weltweit an Attraktivität, während sich die liberale Demokratie auf dem Rückzug befindet. In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Staaten, in denen religiöse Dogmen die Politik bestimmen, von 22 auf 33 Prozent erhöht. Die planetaren Krisen – die weitere Zunahme der Weltbevölkerung (auf ca. 10 Milliarden bis zur Mitte dieses Jahrhunderts), die Auswirkungen des Klimawandels, die wachsende Verknappung elementarer Ressourcen usw. – sowie die ungelösten regionalen Konflikte und Kriege (im Nahen und Mittleren Osten, in der Ukraine, in Afrika usw.) werden diese Tendenzen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eher verstärken, kaum vermindern. Die Migrationsbewegungen werden ebenfalls zunehmen und (vor allem im Mittelmeerraum) kaum einzudämmen sein.

Deswegen werden wir einen entscheidenden Faktor, der sowohl für die Migration als auch für das Erstarken populistischer Bewegungen wesentlich mit verantwortlich ist, keinesfalls außer acht lassen dürfen: das globalisierte Finanzsystem und die – staatlich und demokratisch nach wie vor kaum gezügelte – kapitalistische Ökonomie. Dass sechs Dutzend Individuen über ebenso viel Vermögen verfügen wie die (ärmere) Hälfte der Menschheit, ist ein unhaltbarer Zustand, der auf Dauer keinen Bestand haben kann. Dessenungeachtet wächst die Ungleichheit aber von Jahr zu Jahr noch weiter an, der Mittelstand schrumpft (in Deutschland, in Europa und vor allem in den USA), die Reichen werden ständig reicher, während immer mehr Menschen ins Prekariat absinken. Die rasante Expansion der digitalen Technologien (Robotik, Künstliche Intelligenz, Vernetzung) könnte überdies

bis zu 40% der derzeitigen Arbeitsplätze in den nächsten Jahren überflüssig machen. Es kann kaum verwundern, dass dies zu immer brisanteren sozialen Spannungen führen wird, die sich in irrationalen Protesten entladen und den Rückzug in – vermeintlich behaglichere – nationale Bastionen befördern. Das Ungleichgewicht besteht aber auch im internationalen Maßstab; nur ein Beispiel: Die Pläne, Europa zu einer – womöglich sogar militärisch gesicherten – „Festung“ auszubauen, könnte man in der Schublade lassen, wenn man die desaströse Handelspolitik der EU gegenüber den Staaten Afrikas änderte oder die großen multinationalen Konzerne darin hindern würde, durch Steuertricks die Entwicklungsländer jährlich um Einnahmen von mehr als 100 Milliarden Dollar zu bringen (wie Oxfam ermittelt hat).

Es trifft zu: Den gegenwärtigen Krisen und Bedrohungen liegt ein komplexes Geflecht miteinander wechselwirkender Kräfte und Entwicklungen zugrunde, ein „Kausalfilz“, den selbst versierte Experten nicht mehr verstehen und durchschauen. Aber dies darf kein Grund sein, auf die analytische Urteilskraft überhaupt zu verzichten. Die größte Gefahr geht davon aus, dass immer mehr Menschen davor verzagen, sich der prinzipiellen Ungewissheit des Zukünftigen zu stellen, sondern es vorziehen, ihr Heil in einer halluzinierten „Vergangenheit“ zu suchen, die der (inzwischen 90jährige) Soziologe Sygmunt Baumann als „Retrotopia“ bezeichnet. „Wir träumen“, sagt Baumann, „von einer verlässlichen Welt, der wir trauen können, einer sicheren Welt der Konformität“, einem Goldenen Zeitalter, das es freilich nie gegeben hat. „*Utopien* erblickten gleichzeitig mit der Moderne das Licht der Welt und konnten sich nur im Klima der Moderne entfalten. Ihr Ende signalisiert auch das Ende der Moderne. In meiner Idee von Retrotopia hat der Engel der Geschichte sich um 180 Grad gedreht. ... Die Enttäuschung wartet in der Zukunft. Also wenden wir uns der Vergangenheit zu und bewegen uns dennoch blind voran.“